

Antrag
an das Wirtschaftsparlament
der Wirtschaftskammer Österreich am 28.11.2013

**Standortpolitik für eine moderne Industrie in Europa und Österreich zur Forcierung
von Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand**

Nach einem deutlichen Aufschwung zwischen 2009 und 2011 befindet sich die europäische Industrie nun wieder in einem Abwärtstrend. Laut vorläufigen Daten für 2012 ist der Anteil des verarbeitenden Gewerbes am BIP der EU auf nunmehr 15,1 % gesunken. Dadurch vergrößert sich der Abstand zum 20 %-Ziel, welches die Kommission im Jahr 2012 festgelegt hat, wieder.

Österreichs nach wie vor gute Position im internationalen Vergleich ist zu einem hohen Grad Verdienst einer starken, international ausgerichteten und wettbewerbsfähigen Industrie. In Österreich liegt der Anteil mit 18,7 % laut EU-Definition über dem EU-Schnitt, aber hinter Deutschland mit 22,3 %.

Um die heimische Industrie zu stärken sind Maßnahmen in mehreren eng miteinander vernetzten Politikbereichen notwendig: von technologieaffiner Bildung, verantwortungsvoller Sozialpolitik, wirtschaftlich nachhaltiger Energie- und Umweltpolitik, intelligenter Infrastruktur, leistungsförderndem Steuersystem, ambitionierter Forschung und Entwicklungspolitik und einer schlanken und effizienten Verwaltung.

Österreich wie auch Europa muss als Industrie- und Investitionsstandort attraktiver werden. Dementsprechend ist eine Standortoffensive mit der Realwirtschaft im Mittelpunkt erforderlich.

Die unterzeichneten Delegierten stellen daher folgenden

Antrag:

Die Österreichische Bundesregierung und der Gesetzgeber werden aufgefordert, sich für folgende Maßnahmen auf EU-Ebene einzusetzen:

- Konsequente europäische Standortpolitik zur Sicherung attraktiver Rahmenbedingungen: Positionierung Österreichs unter den TOP 5 in Europa in internationalen Wettbewerbs-Rankings.
- Im Zuge des für die gesamte EU als Ziel erkannten Wertes von 20% strebt auch Österreich eine entsprechende Steigerung seiner Industriequote in der Sachgütererzeugung bis zum Jahr 2020 an.

- Die Einführung objektiverer Impact Assessments auf nationaler wie auf EU-Ebene sowie konsequente Anwendung von Wettbewerbsfähigkeitschecks sämtlicher politischer Initiativen ist durchzuführen, auf EU-Ebene etwa mittels Ansiedlung der zuständigen Stelle am europäischen Rechnungshof, zur Eindämmung regulatorischer Mehrkosten und Beseitigung von Barrieren für Investitionen.
- Neuausrichtung der langfristigen europäischen Energie-, Klima- und Ressourcenpolitik durch Forcierung der Koordinierung zwischen EU-Ebene und Mitgliedsstaaten, Stärkung des Prinzips der Kosteneffizienz betreffend energie- und klimapolitischer Instrumente (Emissionshandel und Erneuerbaren-Förderung) und Berücksichtigung von standortpolitischen Aspekten sowie Sicherstellung eines globalen Gleichklangs im Kampf gegen den Klimawandel. Hebung der Potentiale der EU-eigenen Ressourcennutzung.
- Leitbetriebe- und Headquarter Initiative um Europa und Österreich als Standort für besonders dynamische Unternehmen, welche sich durch herausragende Innovationsanstrengungen und Multiplikatoren-Effekte auszeichnen, entlang der gesamten Wertschöpfungskette zu attraktivieren.
- Die notwendigen Standortbedingungen müssen, als Teil der europäischen Strategien, auch national wirtschaftspolitisch flankiert werden, damit der Industriestandort Österreich noch attraktiver wird:
 - Integriertes Gesamtkonzept, horizontaler industriepolitischer Ansatz: „Nein“ zu dirigistischen Eingriffen in die Märkte
 - Standortfaktoren entscheidend: Die richtigen Rahmenbedingungen für Innovation und Wettbewerbsfähigkeit setzen
 - Fokus auf konkurrenzfähige Rahmenbedingungen für in Österreich und von Österreich aus tätige Unternehmen am Industriestandort Österreich



Abg.z.NR Peter Haubner
Generalsekretär



KommR Brigitte Jank
Präsidentin



Mag. Siegfried Menz
Bundesspartenobmann